

---

## STUTTGARTER ZEITUNG

Politik

### Brillen aus Luxemburg, Zähne aus Budapest

Gack, Thomas

523 words

3 July 2008

Stuttgarter Zeitung

4

German

(c) 2008, Stuttgarter Zeitung Ansprechpartner: 0049-711-7205-782

Grenzöffnung für medizinische Leistungen in der EU

Die EU-Kommission will die Patientenrechte stärken. Die Kassen sollen mehr zahlen. Vor allem in den Grenzregionen rechnet man damit, dass die Menschen die neuen Möglichkeiten nutzen.

Von Thomas Gack, Brüssel

Das am Mittwoch in Brüssel vorgelegte sozialpolitische Paket sieht unter anderem vor, dass EU-Bürger künftig die freie Wahl haben, sich im europäischen Ausland ärztlich behandeln zu lassen. Die Kosten können sie sich anschließend von ihrer Krankenkasse erstatten lassen, allerdings nur bis zur Höhe, die in ihrem Heimatland normalerweise von den Kassen übernommen wird. Ist die Behandlung im Ausland teurer, muss der Patient selbst für die Mehrkosten aufkommen. Grundsätzlich soll jeder Bürger künftig das Recht haben, sich in der EU unter denselben Bedingungen ärztlich behandeln zu lassen wie zu Hause.

Schon jetzt werden in der EU von den Krankenkassen die Behandlungskosten im Ausland übernommen, wenn der Patient zum Beispiel im Urlaub krank wird oder wenn ein akuter Notfall vorliegt. In mehreren Fällen haben Patienten in den vergangenen Jahren vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) die Kostenerstattung für Leistungen im Ausland durchgesetzt. So musste zum Beispiel eine Luxemburger Krankenkasse die Kosten für eine Brille übernehmen, die ein Luxemburger sich zwar im Inland vom Arzt verschreiben ließ, aber in Deutschland gekauft hat.

Tatsächlich macht der Anteil der Gesundheitsleistungen, die im Ausland in Anspruch genommen werden, in der EU gerade mal ein Prozent der gesamten Behandlungskosten aus. Angesichts der jährlichen Kosten des Gesundheitssystems in der EU von einer Billion Euro sind das zehn Milliarden Euro. Experten schätzen jedoch, dass sich tatsächlich weit mehr Patienten - vermutlich mehr als vier Prozent - im Ausland behandeln lassen, die Kosten aber selbst übernehmen.

Dabei handelt es sich zum Teil um Spezialbehandlungen, die von Privatkassen abgerechnet werden. Da künftig die Abrechnung für Gesundheitsleistungen im Ausland vereinfacht wird, rechnet man in Brüssel damit, dass vor allem in den Grenzgebieten mehr Patienten ihre neuen Rechte in Anspruch nehmen werden. Das wird vermutlich besonders dann der Fall sein, wenn bei seltenen Krankheiten die Behandlung bei Spezialisten im Ausland mehr Aussicht auf Erfolg hat oder wenn im eigenen Land die medizinischen Kapazitäten nicht ausreichen.

Mitgliedstaaten, die einen "Gesundheitstourismus" oder zusätzliche Kosten für ihr Gesundheitssystem befürchten, werden auch in Zukunft darauf bestehen können, dass die Patienten sich von ihrer Kasse vorab die Behandlung im Ausland genehmigen lassen. In jedem Fall muss der Patient für die Kosten zum Beispiel einer Hüftoperation zunächst selbst aufkommen. Die Vorleistung kann er dann von seiner Krankenkasse zurückfordern. Mit ihren Vorschlägen will die EU-Kommission es Patienten mit seltenen Krankheiten erleichtern, sich in hoch spezialisierten Kliniken im Ausland behandeln lassen. Gerade kleine Länder sind oft nicht in der Lage, die ganze Bandbreite der medizinischen Spezialbehandlungen anzubieten.

"Die Patientenrechte sind auf dem Weg der Besserung", erklärte die SPD-Europaabgeordnete und Gesundheitspolitikerin Dagmar Roth-Behrendt. Weniger zufrieden ist der baden-württembergische CDU-Europaabgeordnete **Andreas Schwab**. Die EU-Kommission verfolge "einen wenig ambitionierten Ansatz". Ihr Vorschlag sei im Wesentlichen eine Umsetzung der EuGH-Urteile. Er hätte sich mehr Dienstleistungsfreiheit im Gesundheitssektor gewünscht.

Das ungarische Sopron ist bekannt für seine Zahnbehandlungen. Dort erhofft man sich künftig noch bessere Geschäfte. Foto dpa

Document STUGTR0020080703e4730002w